

Gastkommentar. Das Fliegen zum Klimasünder zu machen ist ein beliebtes politisches Spiel, leider auch in Österreich.

Sündenbock Flugverkehr

VON GÜNTHER OFNER

Deutschlands grüne Kanzlerkandidatin, Annalena Baerbock, wie auch der sozialistische Vizepräsident der EU-Kommission formulierten kürzlich wieder eine Kampfansage gegen Kurzstreckenflüge. Zusätzlich forderten sie eine massive Verteuerung von Flugtickets. Timmermans, in der EU auch Herr über den „Green Deal“, verlangte zudem, dass jeder zukünftig mit einem Flug pro Jahr auskommen müsse.

Das Fliegen als Klimasündenbock, obwohl nur für rund 2,5 Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich, ein beliebtes politisches Spiel, leider auch in Österreich.

Klare Worte dazu gab es tags darauf im ZDF: „Diese Diskussion ist völlig falsch aufgezo-gen!“ Bei einem Wegfall der Kurzstreckenflüge sei der Gewinn fürs Klima nicht besonders hoch, vielmehr gehe es hier „um Symbolpolitik“. Es sei davor zu warnen „den Klimaschutz zu einer Frage des Lebensstils zu machen“.

Von wem diese Breitseite gegen die Fluggegner stammt? Der Chef der deutschen Grünen höchstpersönlich, Robert Habeck, ruderte derart heftig zurück. Immerhin gibt es in Deutschland in Kürze Bundestagswahlen, und wie Meinungsumfragen zeigten, fliegen die Grün-Wähler am häufigsten im Vergleich zu anderen Parteianhängern. Da kann ein bisschen Einsicht und Vernunft nicht schaden. Denn wenn Timmermans' „Green Deal“ denselben Geist atmet wie sein Vorstoß für „nur einen Flug pro Kopf und Jahr“, dann blühen uns und dem Klima leider Marx und Murks.

Unbestreitbar ist: Alle Verkehrsträger, auch die Luftfahrt, müssen ihren CO₂-Ausstoß reduzieren. Sind aber Verzichtspredigten und Symbolpolitik die richtigen Wege dazu?

Die ideologiegetriebene Polemik gegen das Fliegen zielt auf eine massive und inakzeptable Einschränkung der persönlichen Freiheit. Der Tourismus und die globalisierte Wirtschaft, aber auch

der Kulturbetrieb, wären die Opfer. Immerhin muss Österreich 60 Prozent seiner Wertschöpfung im Export erwirtschaften. Hunderttausende Arbeitsplätze hängen davon ab. Eine weitere Lehre: Die massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit im Lockdown hat wenig fürs Klima gebracht. Die CO₂-Emissionen sind nur um rund acht Prozent gefallen. Auf Mobilitätsbeschränkung allein zu setzen ist also ein fataler Irrweg.

Die Beseitigung aller Kurzstreckenflügen würde eine Reduktion an Kerosin von minimalen vier Prozent bringen. Und die meisten Betroffenen zur Anreise mit dem Auto zwingen, denn ein attraktives Bahnangebot ist meilenweit entfernt. Alle Passagiere auf diesen Zubringerflügen sind Transferpassagiere, die nicht von Graz nach Wien wollen, sondern zum Flughafen Wien reisen, um von dort weiterzufliegen.

Bahnangebot nicht attraktiv

Was wäre also die Lösung? Die EU-Kommission sollte raschest die Erzeugung und den Einsatz CO₂-freier synthetischer Kraftstoffe anstelle des erdölbasierten Kerosins vortreiben. Die notwendigen Verfahren und erste Produktionsanlagen existieren bereits.

Eine schrittweise steigende Beimengung auf bis zu 100 Prozent würde die Produktion rasch ankurbeln. Damit würde die Luftfahrt tatsächlich CO₂-frei gemacht. Und diese alternativen Kraftstoffe könnten auch in Verbrennungsmotoren und zur Wärmeproduktion (Stahl- oder Zementindustrie) eingesetzt werden.

Ohne Planwirtschaft, Steuerkeule und Öko-Diktatur können durch den Einsatz CO₂-freier synthetischer Kraftstoffe die CO₂-Emissionen des Luftverkehrs auf null gesenkt werden. Das brächte den notwendigen Beitrag, um das Klima wirksam zu schützen. Und zu dem sich die Flugverkehrsbranche auch verpflichtet fühlt.

Günther Ofner (* 1956 in Rohr im Burgenland) ist studierter Jurist, österreichischer Manager und seit September 2011 Finanzvorstand der Flughafens Wien AG.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON CHRISTIAN ORTNER



Der „pure antisemitische Hass“ der „Schutzflehenden“ des Jahres 2015

Jene, die vor sechs Jahren die Öffnung der Grenzen für Migranten bejubelten, tragen heute Mitverantwortung für die jüngsten antisemitischen Exzesse.

Als es in den Tagen vor Pfingsten in Wien wie in einigen deutschen Städten zu wüsten antisemitischen Ausschreitungen gekommen ist, samt physischen Attacken und Parolen wie „Scheißjuden“, reagierten Politiker und die meisten Medien mit dem für derartige Fälle reservierten routinierten Bedauern. Ausgespart blieben hingegen zwei Fragen: die, wer da eigentlich antisemitische Parolen gebrüllt hat, und jene, was der Staat zu unternehmen gedenkt, um dergleichen künftig zu unterbinden. Oder sollen wir es etwa als Teil einer neuen Normalität verstehen, dass die Kultusgemeinde Juden an bestimmten Tagen auffordern muss, zu Hause zu bleiben, weil draußen ein Mob tobt?

Eine klare Antwort auf die Frage nach der Identität dieses Mobs gab ein Kommentator der linken deutschen Tageszeitung „TAZ“, nicht als Zentralorgan der Islamophobie bekannt. „Auf die Straße gehen vor allem Migranten und deren Kinder, insbesondere aus arabischen Ländern und der Türkei stammend. (...) Der Judenhass ist ein Problem in migrantischen Gemeinschaften...“ war da zu lesen.

Wer auch nur halbwegs mit den Verhältnissen in der muslimischen Welt vertraut ist, weiß, wie richtig das ist. In Syrien, von wo besonders viele Migranten stammen, wird der Hass auf Juden bereits Kindern eingepflegt, von den meisten Eltern sowie von Lehrern. Es gibt daher einen klaren Kausalzusammenhang zwischen der Völkerwanderung der Jahre 2015/16 und dem jetzt auf den Straßen sichtbar werdenden Antisemitismus eines hauptsächlich, wenn auch nicht nur arabischen Mobs.

Ziemlich dreist ist deshalb, wenn diejenigen Politiker und Medien, die 2015 noch jeden als rechtsradikalen Fremdenhasser denunziert haben, der vor dem importierten Antisemitismus im Gefolge der offenen Grenzen gewarnt hat, nun die antisemitischen Exzesse beklagen, die logische Konsequenz dieser ungemein dummen, schädlichen und kostspieligen Entwicklung der vergangenen sechs Jahre sind.

„Bemerkenswerte intellektuelle Wendigkeit turnte in diesem Kontext auch „Standard“-Kolumnist Hans Rauscher vor.“

Bemerkenswerte intellektuelle Wendigkeit turnte in diesem Kontext als einer von vielen „Standard“-Kolumnist Hans Rauscher vor: „Neuerdings gibt es in Europa eine zahlenmäßig nicht unbedeutende Bevölkerung nahöstlicher Herkunft, die puren antisemitischen Hass auf die Straßen trägt. Arabischstämmige, die ‚Sieg Heil‘ schreien? Das geht gar nicht“, schrieb er dieser Tage, und wer wollte ihm da widersprechen?

Sollte es sich nicht um eine zufällige Namensgleichheit handeln, war es auch vor fünf Jahren ein gewisser Hans Rauscher, der diese „Bevölkerung nahöstlicher Herkunft“, die uns damals gerade zu bereichern begann, in Kommentaren regelmäßig als „Schutzflehende“ bezeichnete, damit quasi für sakrosankt erklärte und all jene als Fremdenfeinde denunzierte, die das anders sahen.

Doch das ist verschüttete Milch. Wichtiger ist die Frage, welche Konsequenzen der Staat aus solchen antisemitischen Exzessen zu ziehen hat. Das saloppe „Jetzt sind sie halt da“ der deutschen Kanzlerin ist nicht einmal annähernd akzeptabel. Schon gar nicht angesichts der neuen Migrationswelle, die sich an der südlichen EU-Außengrenze gerade wieder aufbaut.

Den richtigen Weg geben Politiker wie der französische Brexit-Chefverhandler, Michel Barnier, oder die sozialistische dänische Regierungschefin, Mette Frederiksen, vor, die eine Reduktion der Migration aus den problematischen Weltregionen auf null (Frederiksen) oder zumindest einen temporären Zuwanderungsstopp für die nächsten drei bis fünf Jahre (Barnier) fordern.

All jene aus Politik und Medien, die das jetzt ablehnen, so wie sie 2015 die falsche Politik unterstützt haben und den Zuzug mancher tatsächlicher, in vielen Fällen aber nur vermeintlich „Schutzflehender“ pauschal gutgeheißen haben, werden bei den nächsten Ausschreitungen gegen Juden vermutlich wieder den schrecklichen Antisemitismus beklagen, der um sich greift. Und es wird schwer sein, das nicht heuchlerisch zu nennen.

Zum Autor: Christian Ortner ist Kolumnist und Autor in Wien. Er leitet „ortneronline“. Das Zentralorgan des Neoliberalismus“.

Morgen in „Quergeschrieben“: Anneliese Rohrer

Lieblingsmuseum erkoren hat“, und machen dafür indirekt das HGM verantwortlich. Und jene Stadt, in der Herr Sellner wohnt? Muss sich diese Stadt daher auch ändern?

Sie behaupten, dass „sich die Ausschreibung des Direktors verzögert“, bleiben aber auch hier jeden Beweis schuldig. Ich kann mich nicht erinnern, dass Verteidigungsministerin Tanner ein konkretes Datum für die Ausschreibung genannt hätte. Was genau sollte sich daher verzögern?

Sie behaupten, dass das HGM „längst nicht mehr das Bundesheer repräsentiert“. Auch dafür fehlt jeder Beweis. Ich empfehle einen Besuch des Museums und seiner Sonderausstellungen über die Geschichte des Bundesheeres; dann werden Sie sehen, dass diese Behauptung nicht stimmt.

Insgesamt wünsche ich mir, auch als Leser der „Presse“, bei einem Kommentar ein Mindestmaß an Fakten.

Oberst Mag. Michael Bauer, Ministeriumssprecher, BMLV, 1090 Wien

Auch Hongkong und seine Menschen „matter“

„Zählt das Leben von Schwarzen nun mehr?“, v. Elisabeth Postl, 26. 5. Zu Recht wird an den Todestag des Afroamerikaners George Floyd erinnert, dessen Tod eine wahre Initialzündung für die „Black Lives Matter“ (BLM)-Bewegung ausgelöst hat. Dies wurde letzten Sommer auch in Österreich deutlich, als um die 50.000 Menschen (trotz Coronarestriktionen) für BLM in Wien auf die Straße gingen.

Auch ein anderes Ereignis jährt sich bald zum ersten Mal, leider mit weitaus weniger medialer Beachtung: die Unterzeichnung des Gesetzes zum Schutz der nationalen Sicherheit in Hongkong, mit dem den Demokratiebestrebungen Hongkongs de facto der Garau gemacht wurde! Auf die Straße als Zeichen der Solidarität für die Demokratiebewegung von Hongkong ging bei uns in Österreich niemand! Gerade auf den „totalitären Durchgriff“ von Mainland China auf Hongkong

sollten wir nicht vergessen, besonders, wenn wir in diesen Tagen der BLM-Bewegung medial viel Aufmerksamkeit widmen! Denn auch Hongkong und seine Menschen „matter“!

Lukas Traussnig, Dipl.-Phys. (Univ.), 9400 Wolfsberg

Der Nachgeschmack eines PR-Gags bleibt

„Dem Terror nicht tatenlos zusehen“, GK von Rifka Junger, 22. 5. Ich kann Ihre dargelegte, zu Recht auch subjektive Sicht der Dinge nachvollziehen. Auch ich halte es für legitim, dass sich ein Staat gegen Terrorangriffe, um nichts anderes handelt es sich, zur Wehr setzt. Das Hissen der israelischen Fahne auf dem Bundeskanzleramt würde ich nur dann als legitim ansehen, wenn unsere Regierung auch einmal klare Wort zu Siedlungspolitik Israels finden würde. Die Dinge sind im wirklichen Leben halt nicht schwarz-weiß, wie es uns die Regierung nur allzu gern weismachen möchte.

Dass solche Worte ausgewogen ausfallen können, hat die deutsche Bundesregierung bewiesen. In Österreich verbleibt dabei leider der scheele Nachgeschmack eines PR-Gags.

Christian Marek, 1210 Wien

Klimadebatte: Bitte Mut zur Differenzierung

Eine Leser-Kritik

„Die Presse“, mein Leuchtturm in der heimischen Medienlandschaft, schwächelt. Seit Karl Gaulhofers Beitrag vom 13. 3. („Mit Bill Gates macht Klima retten Spaß“) und den Warnungen vor den Fastenpredigern (26. 3.) und einer Vollgasfahrt in eine Nebelwand (30. 4.) von Josef Urschitz finden sich ungezählte Vorschläge von nationalen Klima-Savonarolas und ihren teutonischen Vordenkern. Man möchte meinen, Bill Gates' großartige Strategieüberlegungen inkl. Technologieoffenheit, freier Marktwirtschaft plus wohlüberlegter staatlicher Steuerung als Anreiz statt als Strafe entsprächen doch

viel eher der Blattlinie als die neue Bekenntnisliteratur („Ich und das Klima“, 15. 5.), die Anne-Catherine Simon dem Leser vorstellt: „Liebe Erde! Ich muss mich entschuldigen. Bei Dir!“ Dass Frau Simon solchen Kitsch als tief gesunkenes Pathos entlarvt, spricht für sie, dass in der Zeitung Bill Gates' Scheidung dreimal so viel Platz eingeräumt wird wie seinen fundierten Klimaschutzüberlegungen, spricht gegen die „Presse“.

Mag. Johann Aschenberger, 4910 Ried

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.

Twitter: @media_wall

Online: stefanie.kompatscher

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte Online: diepresse.com/meinung

Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.

Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.